



PRESSEAUSENDUNG

UDW UND SPÖ PRÄSENTIEREN LÖSUNG FÜR DAS BAUGEBIET MÜHLGASSE

In der Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 4. Juli mit dem Tagesordnungspunkt 'Auflösung des Gemeinderates' präsentierten UDW und SPÖ einen Lösungsvorschlag für das umstrittene Baugebiet in der Mühlgasse.

Seit langem besteht in Wulkaprodersdorf dringender Bedarf an Bauplätzen. Die Gemeinde hat Baulandreserven von mehr als 20 ha, weshalb von der Raumplanung des Landes keine Neuwidmung von Bauplätzen genehmigt wird.

Um eine Verringerung der Baulandreserven zu erreichen, wurde im Dezember 2018 von allen drei Gemeinderatsparteien ein Bauzwang, für die im Privatbesitz verbleibenden Grundstücke (ca. Hälfte der Gesamtbebauungsfläche) bis zu 10 Jahre und weitere 5 Jahre bei einer Selbstbebauung, beschlossen. **Diesem Beschluss hat auch die gesamte ÖVP zugestimmt.**

Die anschließend geführten Verhandlungen des Bürgermeisters mit den Grundeigentümer/innen sind dann allerdings nicht so gut gelaufen und es konnte mit ihnen keine Einigung erzielt werden. Daraufhin wollte der Bürgermeister den Bauzwang wieder aufheben, wofür er allerdings keine Mehrheit im Gemeinderat erreichte und deshalb den Gemeinderat auflösen wollte.

UDW und SPÖ haben mit verkaufswilligen Grundeigentümern in diesem Aufschließungsgebiet weitere Gespräche geführt und konnten bereits in der letzten Gemeinderatssitzung eine Lösung präsentieren, bei der **sofort 12 Bauplätze** verfügbar sind.

Damit würde ein zusammenhängendes Baugebiet von fast 11.000 m² entstehen und es könnten mit einem einfachen Gemeinderatsbeschluss sofort 12 Bauplätze geschaffen werden.

Die ÖVP will Bauplätze für Bauwillige schaffen und möchte gleichzeitig den Gemeinderat auflösen. Aus Sicht der UDW ist das ein Widerspruch. Die Auflösung des Gemeinderates löst nicht das bestehende Bauplatzproblem. Hätten UDW und SPÖ den Auflösungsversuch der ÖVP nicht verhindert, wäre in dieser Angelegenheit sowie auch in vielen anderen wichtigen Entscheidungen mindestens ein halbes Jahr, bis zu Neuwahlen und Neubildung eines Gemeinderates, ein Stillstand eingetreten. Das kann die UDW nicht vertreten.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Baulandmobilisierung so rasch als möglich umgesetzt wird.